

## Beschluss (vorläufig) Dringlichkeitsantrag: Verantwortung in dieser Zeit

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.11.2024  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

### Antragstext

1 Mit dem Koalitionsausschuss am 6. November ist die Koalition aus SPD, Bündnis  
2 90/Die Grünen und FDP frühzeitig an ihr Ende gelangt. Nun stellt sich unser Land  
3 auf Neuwahlen ein, Neuwahlen, die darüber entscheiden, ob wir  
4 Verantwortungslosigkeit oder Verantwortung wählen, Sündenböcke für Probleme  
5 suchen oder diese anpacken, falschen Versprechungen glauben oder an  
6 realistischen Lösungen arbeiten.

7 Bündnis 90/Die Grünen waren nach der Bundestagswahl 2021 bereit, Verantwortung  
8 auch in einer neuen und absehbar schwierigen Konstellation zu übernehmen. Diese  
9 Koalition war von Anfang an ein Bündnis mit sehr unterschiedlichen  
10 Weltanschauungen. Sie hat aber – so wie es die Pflicht einer Regierung und die  
11 Aufgabe von Demokrat\*innen ist – in den letzten knapp drei Jahren immer wieder  
12 zueinandergefunden. Es wäre auch jetzt möglich gewesen, Lösungen zu finden – aus  
13 Verantwortung für unser Land. Wir haben bis zum Schluss konstruktive Vorschläge  
14 im Interesse der Stabilität und des Zusammenhalts gemacht, um wirtschaftliche  
15 Dynamik zu steigern ohne Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt zu gefährden und  
16 um Sicherheit und Freiheit in Europa zu verteidigen. Wir waren dazu bereit, auch  
17 über den eigenen Schatten zu springen. Andere waren das nicht. Christian Lindner  
18 und die FDP haben ihre Verantwortung aus parteitaktischen Gründen weggeworfen.

19 Die letzten drei Jahren waren geprägt von extrem herausfordernden Umständen,  
20 insbesondere in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine: die  
21 Bewältigung der Energiekrise, die zeitweise sehr hohe Inflation, der Einsatz für  
22 Frieden durch die notwendige Unterstützung der Ukraine und ein Paradigmenwechsel  
23 in der Sicherheitspolitik – all das hat diese Koalition genauso gefordert wie  
24 unsere Gesellschaft, die ihren Umgang mit dieser „Zeitenwende“ noch immer sucht.  
25 Ein durch gezielte Desinformation, Hass und Hetze immer stärker radikalisierten  
26 digitalen Raum ist hier ein gefährlicher Brandbeschleuniger. Gleichzeitig sind  
27 wir als Land durch verschiedene Krisen besser gegangen, als viele gedacht  
28 hätten. Das Land, die Gesellschaft, die vielen Menschen und Unternehmen haben  
29 uns beeindruckt, mit Solidarität und Pragmatismus. Für uns als Teil einer  
30 Regierung hieß das, in kurzer Zeit sehr weitreichende Entscheidungen zu treffen  
31 – in der Verantwortung für Frieden, Wirtschaft und Stabilität. Dazu gehörten  
32 Kompromisse, die auch an unsere Schmerzgrenzen gingen – die wir aber eingegangen  
33 sind aus Verantwortung für das Ganze. Weil wir der festen Überzeugung waren und  
34 sind, dass dies Voraussetzung dafür ist, die Wirklichkeit mitzugestalten und die  
35 Gesellschaft zusammenzuhalten. Wir wollen, dass Menschenrechte überall und  
36 jederzeit eingehalten werden - sie sind unverhandelbar.

37 Zugleich haben wir in den drei Jahren Regierungsbeteiligung viel erreicht, für  
38 das wir Grüne lange Jahre gekämpft haben. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien  
39 gelingt im Rekordtempo. Unser Strom wird sauber und immer günstiger. Wir haben  
40 beim Klimaschutz eine neue Dynamik erreicht, so dass wir erstmals die Klimaziele

41 2030 erreichen können. Wir haben das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz  
42 geschaffen, die größte Naturschutz-Offensive, die es in Deutschland je gab. Und  
43 wir haben nach langen Jahren der Untätigkeit mit Reformen für mehr  
44 wirtschaftliche Dynamik gesorgt: Planungsbeschleunigung und Bürokratieabbau,  
45 Fachkräftezuwanderung und Förderung von Beschäftigung, Verbesserungen für Start-  
46 Ups und Modernisierung der Industrie.

47 Wir haben unser Land sozial gerechter gemacht – mit Milliarden für eine gute  
48 Kinderbetreuung und für ein Startchancenprogramm an Schulen überall in unserem  
49 Land, mit der größten BAFÖG-Reform der letzten Jahrzehnte, mit einem höheren  
50 Mindestlohn, mit einer Reform des Bürgergeldes, mit mehr Geld für alle Familien  
51 und nicht zuletzt mit dem Deutschland-Ticket, welches nun von Union und FDP in  
52 Frage gestellt wird.

53 Wir haben das Land liberaler gemacht - mit dem Selbstbestimmungsgesetz, einer  
54 Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, einem modernen Einwanderungsgesetz, einer  
55 Stärkung der Reproduktiven Rechte von Frauen durch die Verhinderung von  
56 sogenannten Gehsteigbelästigungen und der Streichung des Paragraphen 219a zur  
57 sogenannten "Werbung" beim Abbruch von Schwangerschaften.

58 Wir haben in diesen drei Jahren einiges nachgeholt, was in Deutschland teils  
59 über Jahrzehnte versäumt wurde. Aber die Weltlage, die Klimakrise und die  
60 wirtschaftliche Stagnation zwingen Deutschland und Europa, sich weiter mutig zu  
61 modernisieren. Unser Land steht vor der Aufgabe, die derzeitige Unsicherheit in  
62 eine neue Selbstvergewisserung zu verwandeln. Wir stehen jetzt an dem Punkt, an  
63 dem unser Land und Europa die Kraft, die es hat, nach vorne wenden müssen. Wir  
64 verharren nicht ängstlich im Status Quo, sondern gehen voran - für eine soziale,  
65 nachhaltige und gerechte Zukunft für alle.

66 Am Scheitern der Ampel tragen alle drei Parteien einen Teil der Verantwortung.  
67 Dies auch selbstkritisch mit unserer Basis zu reflektieren gehört zur  
68 demokratischen Pflicht und wird sich auch in unserem Bundestagswahlprogramm  
69 widerspiegeln. Wir sind bereit, dem Land ein Angebot für eine Zeit nach der  
70 Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu machen. Ein Angebot, das  
71 die Erfolge der letzten Jahre anerkennt und würdigt und aufzeigt, worauf es  
72 jetzt ankommt: Kurs halten beim Klimaschutz und ihn nicht abwickeln. Spürbar die  
73 Gerechtigkeit stärken, damit das Leben bezahlbar ist. Freiheit und Frieden  
74 verteidigen. Handeln mit Gemeinsinn, Zukunftsmut und Zuversicht.

75 In einer Zeit, in der so viele die Verheißung im Gestern suchen, halten wir  
76 Kurs, zeigen eine positive Zukunftsvision auf und geben Hoffnung. Wir treten an  
77 mit dem Versprechen, weiterhin konsequent für den nötigen Wandel einzutreten.  
78 Für Klimaschutz als Motor von grünem Wachstum, Innovation und guten Jobs. Für  
79 einen Weg, der sozial gerecht ist und auf die Innovationskraft und Kompetenzen  
80 der Bürger\*innen, der Unternehmen, der Kommunen setzt. Der auf die Kraft unseres  
81 Landes setzt. Dabei sehen wir die Suche nach Orientierung und Zuversicht, die  
82 unsere durch Krisen und Kriege verunsicherte Gesellschaft durchzieht. Seien wir  
83 die Kraft, die diese Orientierung gibt. Seien wir in hoffnungsarmen Zeiten der  
84 Hoffnungsort für alle, die daran glauben, dass es besser werden kann und besser  
85 werden wird. Dafür suchen wir Zukunftschancen im Dialog mit Bürgerinnen und  
86 Bürgern und im politischen Wettbewerb.

87 Wir wollen mehr tun, um die Kraft unserer Wirtschaft wieder zu entfesseln. Nur  
88 als wirtschaftlich prosperierendes Land, das bei den wichtigen

89 Zukunftstechnologien Vorreiter ist, kann Deutschland sich den autokratischen  
90 Bestrebungen entgegenstellen. Und zugleich sind wirtschaftlicher Wohlstand,  
91 soziale Gerechtigkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse entscheidende  
92 Voraussetzungen für die soziale und gesellschaftliche Teilhabe und damit auch  
93 für den demokratischen Zusammenhalt. Wirtschaftlicher Wohlstand muss dafür allen  
94 zugute kommen. Unser Land steckt nun aber seit zwei Jahren in einer  
95 wirtschaftlichen Schwächephase, die auch strukturelle Gründe hat. Dazu zählen  
96 die hohe Abhängigkeit von russischer Energie, die CDU, CSU und SPD gemeinsam zu  
97 verantworten haben und die Deutschland noch immer teuer bezahlt. Dazu zählt auch  
98 ein jahrzehntelanger Investitionsstau bei der Infrastruktur und Digitalisierung,  
99 zu langsame und komplexe Verfahren, die unsere Wirtschaft hemmen. Dazu zählen  
100 auch die Abhängigkeit von Rohstoffimporten. Die Sorgen des Mittelstandes, eine  
101 entscheidende Stütze unserer Wirtschaft, müssen ernst genommen werden. Dazu  
102 zählt ebenfalls die zu hohe Bürokratiebelastung, die Prozesse verlangsamt,  
103 Innovationen hemmt und den Alltag der Menschen ausbremst.

104 Deshalb müssen wir Deutschlands Potential neu entfesseln. Damit die europäische  
105 Wirtschaft auch in Zukunft wettbewerbsfähig sein kann, müssen wir den Green Deal  
106 weiter führen und den europäischen Binnenmarkt ausbauen. Einen Binnenmarkt, in  
107 dem die europäische Wirtschaft durch unseren Einsatz für das europäische und  
108 deutsche Lieferkettengesetz global Verantwortung übernimmt. Wir wollen die  
109 Innovationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes stärken. Wir  
110 forcieren den Abbau von Bürokratie und die Beschleunigung und Vereinfachung von  
111 Prozessen, auch mit Praxischecks. Wir modernisieren unsere Verwaltung, damit  
112 diese digitaler und resilienter wird. Nur wenn der Staat funktioniert, kann auch  
113 unsere Demokratie funktionieren und können Wohlstand und gutes Zusammenleben  
114 wachsen.

115 Wir werben entschieden für eine Stärkung von öffentlichen wie privaten  
116 Investitionen, in allen Bereichen. Wir orientieren uns dabei am Draghi-Bericht,  
117 der darauf abzielt, die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Es braucht  
118 beides: Strukturreformen und mehr Investitionen. Diese dürfen nicht länger an  
119 der Schuldenbremse scheitern, deren Regeln von den allermeisten Ökonom\*innen  
120 längst in Frage gestellt werden. Die zunehmend alarmierende Lage der kommunalen  
121 Finanzen drängt uns zu handeln – unsere Städte und Gemeinden müssen  
122 handlungsfähig bleiben, um gleichwertige Lebensverhältnisse unabhängig vom  
123 Wohnort zu gewährleisten.

124 Was unsere Wirtschaft stark macht, sind die Menschen! Gut qualifizierte  
125 Beschäftigte und gelebte Demokratie durch betriebliche Mitbestimmung tragen dazu  
126 bei, dass Unternehmen auch in herausfordernden Zeiten zusammen mit den  
127 Beschäftigten gute Lösungen finden. Gemeinsam mit starken Gewerkschaften stehen  
128 wir für eine Stärkung der Tarifbindungen und respektieren das Streikrecht. Wir  
129 brauchen mehr Arbeitskräfte durch Qualifizierung, einer besseren Vereinbarung  
130 von Familie und Arbeit, Inklusion, Zuwanderung, gute Arbeitsbedingungen, gute  
131 Löhne und erleichterten Arbeitsmarktzugang für Zugewanderte.

132 Mit einer Energiepolitik, die die Chancen der Zeit nutzt, schaffen wir  
133 langfristig sichere und günstige Energie aus Erneuerbaren. Eine zügig  
134 umgesetzte, auf 100% Erneuerbare ausgerichtete Strommarkt- und Netzentgeltreform  
135 entschlackt Bürokratie und schafft Planungssicherheit für Sonne, Wind und  
136 Speicher aller Art inklusive Elektrolyseure. Durch eine Flexibilisierung des  
137 Stromverbrauchs bei Industrie, Elektromobilität und Wärmepumpen senken wir auch

138 die Strompreise. Dafür wollen wir mit staatlichen Investitionen,  
139 Garantiemechanismen und innovativen Anlagemodellen auch privates Kapital in  
140 großem Umfang anreizen. Mit Bürger\*innenenergie aktivieren wir privates Kapital  
141 und Menschen für Energiewendeprojekte.

142 Den Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier haben wir auf 2030 vorgezogen und  
143 wir stellen weiterhin die Weichen dafür, dass auch alle restlichen  
144 Kohlekraftwerke bis 2030 dank der Fortführung des erfolgreichen Ausbaus der  
145 Erneuerbaren nicht mehr befeuert werden und für Kohleregionen und Menschen vor  
146 Ort Planungssicherheit gilt. Schon jetzt haben wir es geschafft so wenig Kohle  
147 im Strommix zu haben wie seit den 1960er Jahren nicht mehr. Um unsere  
148 Abhängigkeit von fossilen Energien zügig weiter zu verringern, werden wir unsere  
149 LNG-Infrastruktur kontinuierlich auf Notwendigkeit überprüfen. Weil wir  
150 gemeinsam für den Schutz des UNESCO-Weltnaturerbes Wattenmeer stehen und das Gas  
151 vor Borkum für die deutsche Energieversorgung nicht nötig ist, stehen wir für  
152 eine finale Absage an die Gasförderung vor Borkum und die dazugehörige  
153 Infrastruktur. Auch in Bayern lehnen wir neue Gasbohrungen ab, um Natur und  
154 Grundwasser zu schützen.

155 Für uns ist dabei klar, dass es fatal wäre, wenn Deutschland und Europa nun ihre  
156 Anstrengungen beim Klimaschutz reduzieren würden. Die klimatische Realität, die  
157 langfristige Wahrung unseres Wohlstands und unserer Freiheit erfordern das  
158 Gegenteil. Mit der Wahl von Donald Trump drohen die USA, sich erneut vom  
159 Klimaschutz abzuwenden und so eine Lücke von zusätzlichen Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>  
160 zu verursachen. Dies wäre noch einmal Wasser auf die Mühlen jener, die auch hier  
161 in Europa die Gefahren der Klimakrise unterschätzen oder gar leugnen. Wir werden  
162 uns vom Populismus nicht von der Realität abbringen lassen. Und die Realität  
163 heißt, dass die Klimakrise bereits jetzt dramatische Auswirkungen hat und  
164 unverzügliches, entschiedenes Handeln erforderlich ist, wenn wir ihre  
165 Konsequenzen noch menschlich beherrschbar halten wollen. Deshalb lassen wir in  
166 unseren Ambitionen nicht nach, ganz im Gegenteil. Angesichts der dramatischen  
167 Prognosen des Expertenrats für Klimafragen, dass wir uns auf dem Weg zu einer  
168 Erderwärmung auf 2.7 Grad bis Ende des Jahrhunderts befinden, braucht es jetzt  
169 entschlossenes politisches Handeln, um eine Zielverfehlung beim CO<sub>2</sub>-Budget für  
170 Deutschland zu verhindern. In allen Bereichen und vor allem in jenen, die  
171 bislang viel zu wenig zur Erreichung der Klimaziele beitragen – die Sektoren  
172 Verkehr und Gebäude – wollen wir auf Kurs kommen. Es geht um nicht weniger als  
173 unsere Freiheitschancen und -rechte und die unserer Kinder und Enkel.

174  
175 Wir kämpfen für einen wirksamen Klima-, Natur-, Tier- und Artenschutz. Wir  
176 wollen bestehende Abkommen wie das Nature Restoration Law und die Ziele von  
177 Montréal mit dem Ziel von mehr Biodiversität wirksam umsetzen. Wir wollen die  
178 Nationale Biodiversitätsstrategie und das Aktionsprogramm Natürlicher  
179 Klimaschutz weiter verfolgen und uns für die Rechte von Tieren einsetzen. So  
180 sorgen wir für ein gesundes Leben im Einklang mit den planetaren Grenzen für  
181 uns, für die kommenden Generationen und für alle Lebewesen.

182 Wir stehen erst am Anfang der Aufgabe, eine Erneuerungspolitik gerecht und  
183 gemeinschaftlich zu organisieren. Wir nehmen die tiefen Verlusterfahrungen und  
184 Verunsicherungen von Corona, Inflation, materiellen Sorgen um Wohnraum und  
185 Ängsten vor Terror und Krieg ernst. Der Verunsicherung unserer Gesellschaft  
186 begegnen wir mit großem Verständnis und der festen Entschlossenheit, das Land  
187 zukunftsfest zu machen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. In einer

188 Welt der Zumutungen ist es eine Aufgabe von Politik, diese Zumutungen  
189 abzufedern, indem sie Lasten gerecht verteilt und den Sozialstaat stärkt. Es  
190 braucht angesichts der Auswirkungen weltweiter Veränderungen aber noch mehr. Wir  
191 wollen auch die Bedingungen schaffen, dass Bürger\*innen, Zivilgesellschaft und  
192 Unternehmen gemeinsam anpacken und Lösungen schaffen können.

193 Unsere Gesellschaft droht, den Zusammenhalt zu verlieren. Wir stemmen uns der  
194 wachsenden Ungleichheit entgegen. Wir akzeptieren nicht, dass gleichzeitig die  
195 Vermögen der einen enorm steigen und die anderen immer häufiger und tiefer in  
196 den Dispokredit gezwungen sind. Um mehr Gerechtigkeit zu schaffen und den  
197 Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken, müssen die Reichsten einen fairen  
198 Beitrag leisten. Wir akzeptieren nicht, dass weiterhin viel zu viele Kinder in  
199 Armut aufwachsen und dass die Chancen von Kindern und Jugendlichen, ihre Träume  
200 und Ziele zu verwirklichen, geringer sind als vor 30 Jahren - denn das  
201 Aufstiegsversprechen ist ein zentrales Versprechen unserer Demokratie. Außerdem  
202 fördern wir gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land.

203 Menschen sind unterschiedlich, aber gleich in ihrer Würde und ihren Rechten. Wir  
204 stehen dafür, dass in diesem Land jede Person selbst ihren Lebensweg, ihre  
205 Träume und Identität leben kann, dass jeder Mensch ohne Diskriminierung und  
206 Gewalt leben und lieben kann. Wir wollen mit strukturellen Maßnahmen dafür  
207 sorgen, dass Frauen gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert und bezahlt werden  
208 und selbstbestimmt über den eigenen Körper entscheiden können. Dazu gehört auch  
209 das Recht auf Schutz vor Gewalt. Wir wollen, dass Kinder mit dem  
210 Selbstverständnis aufwachsen, dass sie dieselben Chancen und Rechte im Leben  
211 haben, unabhängig von ihrem Geschlecht. Diskriminierung, Rassismus,  
212 Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit oder Klassismus  
213 schädigen die Demokratie. Deswegen setzen wir uns für gleiche Teilhabe ein, zum  
214 Beispiel für Menschen in prekären Lebensverhältnissen, Menschen mit  
215 Migrationsgeschichte oder mit Behinderung. Wir wollen eine inklusive  
216 Gesellschaft, in der alle Menschen die Gewissheit haben, dass sie selbstbestimmt  
217 an unserer Gesellschaft teilhaben können.

218 Wir leben in einem Land, das schon immer durch Zuwanderung geprägt wurde. Die  
219 Vielfalt unserer Biographien ist ein Reichtum unserer Gesellschaft. Wir sind die  
220 Partei, die sich konsequent gegen Ausgrenzung und Diskriminierung stellt und für  
221 ein modernes Einwanderungsland steht. Wir unterstützen die engagierten Menschen,  
222 die eine Sache zu ihrer eigenen machen, die sich jeden Tag für Zusammenhalt und  
223 Demokratie einsetzen. Ehrenamt braucht verlässliche Strukturen, die den  
224 Engagierten den Rücken freihalten und sie vor Anfeindungen schützt.

225 Mut zu notwendigen Reformen, Bürgernähe und Gerechtigkeit wollen wir  
226 zusammenbringen, um als Demokratie in der Lage zu sein in den Krisen dieser Zeit  
227 zu bestehen. Daher setzen wir uns weiterhin für Bürgerräte ein. Wir müssen den  
228 Menschen Antworten geben, wie mehr Wohnraum geschaffen und Wohnen und Mieten  
229 bezahlbar bleiben oder wieder werden können. Wir müssen aufzeigen, wie Mobilität  
230 zuverlässig, bezahlbar und sicher werden kann; daher wollen wir beim  
231 Deutschland-Ticket den Preis von 49 Euro sicherstellen. Wir müssen darstellen,  
232 wie gute Arbeitsplätze erhalten werden. Wir müssen dafür sorgen, dass das  
233 Bildungssystem wieder besser funktioniert und allen die gleichen Chancen  
234 verschafft. Und wir müssen das Rentensystem generationengerecht aufstellen.  
235 Leitstern ist für uns der erste Satz in unserem grünen Grundsatzprogramm: „Im  
236 Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit“.

237 Freiheit, Würde und die Einhaltung internationalen Rechts sind auch der Maßstab  
238 für unsere Friedenspolitik mit Blick auf die Ukraine und weltweit. Wir stehen  
239 für die Sicherung der Souveränität Europas als Union gegenüber den  
240 autokratischen Bedrohungen von außen wie von innen. Spätestens die Wiederwahl  
241 von Donald Trump setzt Verteidigungsfähigkeit und die Bereitschaft mehr in die  
242 Souveränität Europas zu investieren, an die Spitze der politischen Prioritäten  
243 für die kommenden Jahre. Die Zeitenwende im Militärischen muss fortgeführt und  
244 verstärkt werden. Wir werden uns mit unseren europäischen Partnern koordinieren,  
245 damit wir Ressourcen optimal nutzen. Die Zeitenwende muss sich auch in einer  
246 deutlichen Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes widerspiegeln. Dazu  
247 zählt auch, dass vulnerable Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen, besonders  
248 geschützt werden. Wir stehen zu einer evidenzbasierten Innenpolitik, die auch  
249 die Ursachen von Kriminalität in den Blick nimmt. Wir schützen die Freiheit und  
250 Sicherheit aller Menschen und verteidigen Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit.

251 Trumps Abkehr von internationalen Institutionen und dem Pariser Klimaabkommen  
252 gefährdet die multilaterale Zusammenarbeit. Dem setzen wir ein Bekenntnis zum  
253 Multilateralismus zum Beispiel durch eine strategische Klimaaußenpolitik  
254 entgegen. Mit einer strategischen Klimaaußenpolitik können Klimaschutz, Handel  
255 und Frieden einander gegenseitig bestärken und einer Zersplitterung des  
256 internationalen Miteinander entgegenwirken. Deutschland und die EU müssen jetzt  
257 das diplomatische, entwicklungs- und handelspolitische Engagement erhöhen. Dazu  
258 setzen wir auch weiterhin auf starke transatlantische Beziehungen mit  
259 vielfältigen Partnerschaften.

260 Aus unserer außenpolitischen Verantwortung setzen wir uns für einen gerechten  
261 Frieden und die Wahrung des humanitären Völkerrechts im Nahostkonflikt ein.  
262 Darum leisten wir Humanitäre Hilfe und drängen gemeinsam mit vielen  
263 internationalen Partnern nachdrücklich auf ausreichende humanitäre Versorgung  
264 der Zivilbevölkerung in Gaza, Libanon und Westjordanland. Das Arbeitsverbot für  
265 die UNRWA steht diesem Ziel entgegen – sie muss weiter ihre Arbeit ausführen  
266 können.

267 Wir müssen die Europäische Souveränität und Handlungsfähigkeit verbessern, sowie  
268 die EU darin bestärken mehr internationale Verantwortung zu übernehmen. Es ist  
269 im höchsten deutschen Interesse, dass Europas Einigung weiter geht, dass ein  
270 vereintes Europa gemeinsam in seine demokratische Zukunft als Raum der  
271 Sicherheit, der Freiheit und des Rechts investiert. Nur ein starkes Europa mit  
272 einem klaren Wertefundament wird in der Welt gehört und kann seine Interessen  
273 zum Wohle der Menschen durchsetzen. Dafür müssen wir Rechtsstaatlichkeit,  
274 Demokratie und die Menschenrechte in der Europäischen Union schützen. Nur als  
275 Gemeinschaft können wir Freiheit und Frieden für alle in Europa lebenden  
276 Menschen sichern. Entscheidend dafür ist auch die gute Zusammenarbeit mit unsere  
277 Nachbarländern, insbesondere mit Frankreich und Polen im Weimarer Dreieck.

278 In den kommenden Jahren darf „German Vote“ kein Synonym mehr sein für deutsche  
279 Alleingänge in Europa - weder im Rat der Mitgliedsländer noch im  
280 Europaparlament. Immer wieder stehen wir dabei vor einem europapolitischen  
281 Dilemma, denn an vielen Stellen fehlen uns die Mehrheiten für notwendige  
282 Veränderungen. Und so, wie wir als Grüne in der Regierung immer wieder an die  
283 Grenzen unseres Selbstverständnisses gegangen sind, um Kompromisse zu  
284 ermöglichen - etwa beim Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) – so werden  
285 wir in den kommenden Jahren die Handlungsfähigkeit im europäischen Bündnis

286 gegenüber unseren globalen Partnern und Bedrohungen noch deutlich wichtiger  
287 nehmen müssen als bisher, um Demokratie, Rechtsstaat und die Grundrechte in  
288 Europa zu verteidigen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass EU-Recht um- und  
289 durchgesetzt wird. Das darf nicht länger warten. Europäische Werte sind eine  
290 Stärke - gerade in großen Fragen wie der Asyl- und Migrationspolitik.

291 Dieses Verständnis von Verantwortung von Demokrat\*innen in einer vernetzten,  
292 aber zugleich komplexen und von Eigeninteressen bestimmten Welt kann nur  
293 erfolgreich sein, wenn wir bündnisfähig sind, so wie es in unserer Partei schon  
294 im Namen angelegt ist. Wir arbeiten eng mit unseren Verbündeten in den  
295 Bewegungen, mit NGOs und mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen  
296 zusammen. Ihre Expertise und Kritik prägt unsere parlamentarische Arbeit. Wir  
297 vertrauen auf das Engagement und die Ideen der Vielen und stärken unsere  
298 gemeinsamen demokratischen Institutionen. So, wie wir innerhalb der Partei zur  
299 Verbindung bereit sind und das Bündnis mit unterschiedlichen gesellschaftlichen  
300 Akteuren suchen, so sind wir auch zu (Regierungs-)Bündnissen mit allen  
301 gesellschaftlichen Gruppen im Land, der Zivilgesellschaft und mit den anderen  
302 demokratischen Parteien bereit. Gemeinsam bringen wir unser Land und unsere  
303 Gesellschaft voran. Mit diesem Selbstverständnis gehen wir in den jetzt  
304 bevorstehenden, kurzen Wahlkampf.

305 Wir werden dazu noch in diesem Jahr einen Entwurf für ein prägnantes und  
306 zugespitztes Wahlprogramm vorlegen und auf einem eintägigen Bundesparteitag in  
307 Präsenz beschließen. Dabei werden wir nach Innen und Außen zuhören, damit sich  
308 so viele Stimmen wie möglich im Ergebnis wiederfinden. Um einen solchen  
309 Parteitag handhabbar zu machen, bitten wir die Antragskommission wenn nötig auch  
310 die Option zu nutzen, Anträge, die das Wahlprogramm durch ihre  
311 unverhältnismäßige Länge oder ihre Detailtiefe überfordern, im  
312 Verfahrensvorschlag zur Nicht-Befassung vorzuschlagen.

313 Der Wahlkampf ist eine Chance, zu zeigen, was in uns steckt. Keine Partei hat so  
314 engagierte Mitglieder wie wir. Jeden Tag werden wir mehr. Bei so vielen neuen  
315 Mitgliedern ist es uns wichtig, dass sich alle im Wahlkampf beteiligen und sich  
316 und ihre Ideen in die Partei einbringen können. Selten war das Bewusstsein der  
317 Menschen für die Herausforderungen dieser Zeit so klar. Nutzen wir diese Chance,  
318 um die Kraft der Menschen in die Zukunftskraft unsers Landes zu übersetzen. In  
319 Verantwortung für diese Zeit.